

Auskunftspflicht verkommt zur Farce

Die Schweizer JungsozialistInnen (Juso) fordern die Abschaffung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) und neue gesetzliche Grundlagen für staatliche und private Schnüffelei.

Der Schweizer Geheimdienst NDB verstösst beim Datensammeln gegen das Gesetz und verletzt damit die Rechte einer unbekannt Anzahl EinwohnerInnen massiv. Die JungsozialistInnen (Juso) äusserten bereits am 27. September des vergangenen Jahres Vermutungen, dass Mitglieder der Klimastreikbewegung ungerechtfertigt überwacht werden und forderten dazu auf, Auskunft über die eigene Überwachung anzufordern. Die Rückmeldungen des Nachrichtendienstes, welche die Juso daraufhin erreichten, reihen sich in den jüngsten Skandal ein. Gesuchstellende werden systematisch vertröstet mit dem Hinweis auf fehlende Kapazitäten. Nun fordert die Jung-partei einschneidende Konsequenzen.

Nur die halbe Wahrheit

Im Rahmen des jüngsten Skandals rügte die parlamentarische Oberaufsicht auch unvollständige Auskünfte an Gesuchstellende. Die Juso gehen deswegen davon aus, dass auch die Auskunftsschreiben nur die halbe Wahrheit wiedergeben, falls die Gesuche denn überhaupt beantwortet werden. Dabei ist klar: Auch mit der fehlenden Beantwortung von Gesuchen kommt der Geheimdienst seiner Pflicht nicht nach und lässt die Bevölkerung im Dunkeln tappen. Für Juso-Präsidentin Ronja Tansen ist klar: „Die Auskunftspflicht des Nachrichtendienstes verkommt zur Farce, wenn die entsprechenden Gesuche gar nicht oder nicht wahrheitsgetreu beantwortet werden.“ Weiter ergänzt sie: „In einer Demokratie müssen die Menschen die Möglichkeit haben, sich gegen staatliche Übergriffe zu wehren. Der Nachrichtendienst verletzt mit seinem Handeln demokratische Grundrechte.“

Widerrechtliche Schnüffelei Der Nachrichtendienst sammelte ausserdem widerrechtlich Informationen über politische Aktivitäten. Auch Informationen, die schon längst gelöscht werden sollten, wurden nicht gelöscht. «Diverse Versprechen, die bei der Abstimmung zum Nachrichtendienstgesetz des Bundes (NDGI 2016 gegeben worden sind, sind nicht eingehalten worden. Trotzdem will der Bundesrat die Privatsphäre der Menschen aufgrund von politischen Aktivitäten noch weiter aushöhlen. Dies darf nun erst recht keine Option sein“, so Jansen weiter.

Basierend auf neusten Verfehlungen des Nachrichtendienstes fordern die Juso Schweiz Konsequenzen. Jusp-Präsidentin Ronja Jansen stellt klar: „Ein Nachrichtendienst, der Gesetze bricht, wird selber zu der Gefahr, vor der er uns angeblich schützen will. Die Tradition der Gesetzesbrüche beim Schweizer Geheimdienst lassen nur einen Schluss zu: Der Nachrichtendienst gehört abgeschafft» Wir brauchen neue gesetzliche Grundlagen, die staatliche Überwachung nur in Ausnahmefällen und aufgrund von richterlichen Anordnungen zulassen und endlich auch die Überwachung durch private Akteure umfassend regeln.

Quelle: Medienmitteilung Juso.

Vorwärts, 14.2.2020.

Vorwärts > Juso. Nachrichtendienst. Vorwaerts, 2020-02-14